

29-07-1996



1000 BRÜSSEL

Koningsstraat 47 - Rue Royale 47
Tel. 02/500.21.11

Herrn Elio DI RUPO,
Vizpremierminister und Minister der Wirtschaft
und der Telekommunikation
Square de Meeûs 23 de Meeûssquare

1000 Brüssel

V/Schreiben vom

V/Ref.

U/Ref.

Beilagen

27.184/B/III/PD
JJP

Sehr geehrter Herr Vizepremierminister,

In ihrer Sitzung in vereinigten Sektionen vom 21. März 1996 hat die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle (SKSK) eine Klage untersucht, die sich gegen die Tatsache richtet, daß die internationalen Versicherungsbescheinigungen für Kraftfahrzeuge (die sogenannten "grünen Karten") bei keiner Versicherungsgesellschaft in deutscher Sprache zur Verfügung stehen.

Gemäß Artikel 2 § 1 des in Ausführung des Beneluxabkommens vom 24. Mai 1966 verabschiedeten Gesetzes vom 21. November 1989 über die Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge (BSStBl v. 18. Dezember 1989) werden Kraftfahrzeuge nur dann zum Verkehr auf öffentlichen Straßen, auf Grundstücken, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, oder auf nicht öffentlichen Grundstücken, die nur einer bestimmten Anzahl von befugten Personen zugänglich sind, zugelassen, wenn die zivilrechtliche Haftung, zu der sie Anlaß geben können, durch einen Versicherungsvertrag gedeckt ist, der den Bestimmungen des vorerwähnten Gesetzes entspricht und dessen Wirksamkeit nicht ausgesetzt ist.

Gemäß Artikel 7 des Gesetzes vom 21. November 1989 stellt der Versicherer dem Versicherungsnehmer einen Haftpflichtversicherungsnachweis aus, der den Abschluß des in Artikel 2 vorgesehenen Vertrags bestätigt. Der König bestimmt dessen Form und Inhalt.

Gemäß Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 13. Februar 1991 zur Festlegung des Inkrafttretens und zur Ausführung des Gesetzes vom 21. November 1989 über die Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge handelt es sich bei der in Artikel 7 des oben genannten Gesetzes erwähnten Bescheinigung um die durch das Belgische Büro der Autoversicherer im Rahmen der Interbüro-Vereinbarungen ausgestellte internationale Versicherungsbescheinigung ("grüne Karte"), die den Versicherten durch die zugelassenen oder aufgrund des Gesetzes vom 9. Juli 1975 über die Kontrolle der Versicherungsunternehmen von der Zulassung befreiten Versicherer ausgestellt wird.

Den Auskünften des Belgischen Büros der Autoversicherer (BBA) zufolge wird der auf der grünen Karte stehende Text (die Pflichteintragungen) innerhalb der im Rahmen der internationalen Abkommen über die Kraftfahrzeugversicherungen tätigen Arbeitsgruppen festgelegt. Die Grundsprachen sind Englisch und Französisch.

Das BBA ist mit den Zusatzeintragungen in den offiziellen Landessprachen beauftragt. Danach werden die Muster den Versicherungsgesellschaften mitgeteilt.

Bezüglich des Sprachengebrauchs steht im Rundschreiben 89/95 der Interbüro-Konferenz folgendes:

- * der Titel der "grünen Karte" muß in der "lokalen" sowie in englischer und französischer Sprache verfaßt werden;
- * es wird empfohlen, die Titel der verschiedenen Felder möglichst in der Landessprache des jeweiligen Büros sowie in einer der beiden offiziellen Sprachen der Interbüro-Konferenz (Englisch und Französisch) zu vermerken.

Die SKSK hat sich bereits über den Sprachengebrauch für die grünen Karten geäußert, vor allem in ihren Gutachten Nr. 13.064 vom 2. Juli 1981, Nr. 13.151 vom 24. September 1981, Nr. 13.175 und 13.178 vom 8. Oktober 1981, Nr. 13.217 vom 8. Dezember 1981, Nr. 13.276, 13.310, 14.041 und 14.042 vom 2. Dezember 1982, Nr. 15.138 vom 29. September 1983 und Nr. 17.041 vom 2. Mai 1985. Sämtliche vorerwähnten Gutachten fußen auf dem Grundsatzgutachten Nr. 13.023 vom 19. Februar 1981, nach dem die zugelassenen Versicherungsgesellschaften im Rahmen der Pflichtversicherung für Kraftfahrzeuge von den öffentlichen Behörden einen Auftrag erhalten haben, und zwar für Kraftfahrzeuge eine Haftpflichtversicherung zu schließen und zur Bestätigung dieser Versicherung eine Bescheinigung auszustellen ("die grüne Karte"), und nach dem sie bei der Ausführung dieser Aufgabe i.S.v. Artikel 1 § 1 Nr. 2 der durch den Königlichen Erlaß vom 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten (KSG) als Dienststellen angesehen werden.

In Artikel 2 desselben Gutachtens erklärt die SKSK, daß die Versicherungsgesellschaft bei der Ausführung dieser Aufgabe einer zentralen Dienststelle oder einer Ausführungsdienststelle mit Sitz in Brüssel-Hauptstadt gleichzustellen sei und daß die auszustellende Versicherungskarte, da sie als Bescheinigung i.S.v. Artikel 42 der KSG (Urkunden, Bescheinigungen, Erklärungen und Genehmigungen) anzusehen ist, in der Sprache zu verfassen sei, deren Gebrauch die betreffende Privatperson verlangt.

Auf dieses Gutachten Nr. 13.023 hin beschloß der damalige Minister der Wirtschaftsangelegenheiten, den Nationalen Versicherungskontrolldienst zusammen mit dem BBA mit der Überwachung der Befolgung vorerwähnten Gutachtens zu beauftragen.

Aufgrund ihrer steten Rechtsprechung erklärt die SKSK die Klage also für zulässig und begründet. Daher müssen deutschsprachigen Versicherten grüne Karten mit Eintragungen in deutscher Sprache und darüber hinaus in den durch die internationalen Vereinbarungen festgelegten Sprachen (nämlich Englisch und Französisch) zur Verfügung gestellt werden.

Eine Abschrift vorliegenden Gutachtens ergeht an den Minister des Innern sowie an den Kläger.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorsitzende

A. VAN CAUWELAERT - DE WYELS